



Der Koalitionsvertrag der linken grün-roten Regierung in Baden-Württemberg ist fast abgeschlossen. Die Konturen der Politik sind erkennbar. Mit einer massiven staatlichen Umverteilung wird die Macht des Staates noch weiter ausgedehnt, die Eltern werden weiter aus der Bildung ausgeschlossen, die „Verfasste Studentenschaft“ wird wieder eingeführt und erhält sogar über die Universität hinaus ein „Mandat an der gesellschaftlichen Willensbildung“, wodurch die Macht der Grünen auch nach der nächsten Wahl gesichert wird. Das nennt man „Demokratie a la grün-rot“.

In der Bildungspolitik steht die radikale Gleichmacherei im Mittelpunkt. Ganztagschule wird zur Regelschule, damit der Staat Zugriff auf diese Kinder bekommt und diese acht Stunden täglich indoktrinieren kann.

Das erfolgreiche gegliederte baden-württembergische Bildungssystem wird abgeschafft und mittelfristig die Einheitsschule für alle eingeführt.

Die Studiengebühren werden abgeschafft. Durch diese hatten diejenigen die zahlen auch größeren Einfluss auf die Universität. Doch der linke Staat will alle Macht. Deshalb werden die Studiengebühren abgeschafft und die Häuslebauer müssen das künftig zahlen: Die Grunderwerbssteuer wird von 3,5 auf unglaubliche 5 Prozent erhöht. Dies wird unter anderem einen Rückgang der Bautätigkeit zur Folge haben und Besitzer kleiner Häuser werden Probleme bekommen, ihre Steuer zu bezahlen und müssen dann das Eigentum wieder verkaufen.

Die Zahl der Studienplätze wird weiter erhöht, denn jeder soll studieren, egal ob er das will oder ob er dazu überhaupt in der Lage ist. Damit die funktioniert, müssen natürlich die Ansprüche an die Qualität des Studiums deutlich gesenkt werden.

Eine weitere Finanzierungsquelle, die die ganze Tendenz der Entmündigung erkennen lässt, ist die Abschaffung des Landeserziehungsgeldes, das es einem Elternteil erlaubte, bei ihren Kindern zu bleiben. Der Staat will die Kindererziehung übernehmen, denn die linken Revolutionäre halten die Eltern für unfähig, ihre Kinder selbst mit den linksradikalen Ideen zu indoktrinieren.

Natürlich sollen künftig alle Kinder einen Krippenplatz bekommen, denn die Verstaatlichung der Erziehung, die Entmündigung der Eltern und die Abschaffung der Elternrechte gehört zu den grundlegendsten Programmpunkten der totalitären linken Kämpfer seit 1968.

Wem dient diese gesamte Politik? Erstens der Ausweitung des Totalitarismus des Staates, zweitens der globalistischen Gleichschaltung im Dienste des Großkapitals und der Banken. Denn eines darf man nie aus dem Auge verlieren: Die heutigen Linken sind zwar wirtschaftsfeindlich, wie dies Linke immer waren, aber dies gilt nur in Bezug auf die kleinen und mittelständischen Unternehmen. Die multinationalen Großkonzerne und Banken werden aber von der grün-roten Politik stets bestens zufrieden gestellt; sie sind heute die Verbündeten der gesellschaftszerstörenden und totalitären Politik der Linken.